

Ina Latendorf (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich bei mir zu Hause in Mecklenburg-Vorpommern auf das LNG-Terminal, auf die Debatte angesprochen werde, dann begegnen mir zu Recht Unverständnis und Wut. Die Menschen fühlen sich nicht ernst genommen. Es soll über ihre Köpfe hinweg entschieden werden.

Die MV-Regierung hat sich übrigens gerade - wenn Sie Zeitung lesen, würden Sie es wissen - ganz deutlich von dem distanziert, was an Plänen hier auf dem Tisch liegt.

(Beifall bei der LINKEN - Enrico Komning (AfD): Die schwurbeln doch nur rum! - Zuruf des Abg. Felix Banaszak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Linke hat schon am 13. Mai einen Parteitagsbeschluss hierzu gefällt; Sie können es nachlesen. Versuchen Sie es mal!

Der vorliegende Gesetzentwurf der Koalition ist aus meiner Sicht skandalös.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf der Abg. Lisa Badum (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der Umgang des Ministeriums mit dem Parlament und den Bürgern ist ignorant. Der Umgang mit Umwelt und Natur - den Klimazielen - ist katastrophal.

(Tino Chrupalla (AfD): Das ist allerdings wahr!)

Gegen jede Vernunft wird hier ein Vorhaben durchgepeitscht.

Ich erinnere: Der Anlass für dieses Gesetz, um das es hier geht, war die Sorge vor einer drohenden nationalen Gasmangellage. Und nur damit wäre gerechtfertigt, wenn man Verfahrensbeteiligungen verkürzt, die Umweltprüfung

beschneidet und die gerichtliche Überprüfbarkeit erschwert und einschränkt. Aber es steht fest: Selbst nach den Zahlen des Statistischen Bundesamts gibt es keine nationale Gasmangellage.

(Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE): Richtig! - Zuruf von der SPD: Das soll auch so bleiben!)

Am Montag hat auch unsere Sachverständige Frau Dr. Ziehm in der Anhörung klar festgestellt: Wir haben in Deutschland keine Gasmangellage, und es droht auch keine. Herr Hirschhausen hat es auch so gesagt.

(Zuruf der Abg. Amira Mohamed Ali (DIE LINKE) - Zurufe von der SPD)

Es gibt keinen Grund für eine zusätzliche Standortausweisung; da muss ich Ihnen ausdrücklich widersprechen.

Die mit dem Gesetz verbundenen Pläne für Mukran und die Pipeline durch den Greifswalder Bodden sind darüber hinaus ökonomischer und ökologischer Unsinn. Erst als die Menschen auf Rügen vor Ort demonstriert haben, haben Sie sich vor Ort sehen lassen, um beschlossene Tatsachen zu verteidigen. Alle Einwände von den betroffenen Bevölkerungsgruppen, von Kommunen, von Bürgerinitiativen und den NGOs sind ignoriert worden. Das ist eine Verhöhnung der demokratischen Mitbestimmung, und die machen wir nicht mit.

(Beifall bei der LINKEN - Amira Mohamed Ali (DIE LINKE): Genau!)

Auf den Punkt gebracht: Ihr Ministerium, Herr Habeck, ignoriert die Bedenken zum Standort auf Rügen, zur Nachnutzung, zum tatsächlichen

Bedarf und zum Schutz der Natur auf Rügen und in der Ostsee. Und Sie ignorieren die Sorgen der Tourismuswirtschaft.

Die ganze Gesetzesnovelle ist für die Betreibergesellschaften und Gaskonzerne auch eine Gelddruckmaschine

(Zuruf der Abg. Amira Mohamed Ali (DIE LINKE))

und hätte daher den Namen „Wirtschaftslobbygesetz“ wirklich verdient.

(Beifall bei der LINKEN)

Sagen Sie doch dem Steuerzahler, welche Garantien für die Gewinnerwartung es nach dem Energiecharta-Vertrag für die nächsten 20 Jahre noch gibt! Da fehlt die Transparenz.

Und es geht hier nicht nur um den Lärm und die Abgase der brummenden und emittierenden Schiffe im Hafen. Es geht im Großen auch um die Leitung durch die Prorer Wiek und den Greifswalder Bodden. Das ist eine Katastrophe.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

60 Prozent des westlichen Ostseeherings laicht in dieser Region. Durch die Erwärmung der Ostsee - Klimawandel - und die Überfischung ist der Bestand schon jetzt gefährdet. Jetzt soll noch die Leitung ungeprüft dazukommen.

(Abg. Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Sehr verehrte Damen und Herren, Sie handeln sich sehenden Auges eine Verbandsklage wegen der Missachtung von Europarecht und des verfassungsrechtlichen Klimaschutzgebotes ein. Überbedarf, Investruinen,

Staatsgarantien und schwere Klimasünden: So muss man das LNG-Beschleunigungsgesetz zusammenfassen. Da machen wir nicht mit.

(Beifall bei der LINKEN)